

Migration und Teilhabe in Niedersachsen – Ergebnisse aus dem Integrationsmonitoring 2014

Die Themenbereiche Migration und Teilhabe sind in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker in den Fokus der öffentlichen Diskussion in Politik und Gesellschaft gerückt. Mit der weit fortgeschrittenen gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Globalisierung und vor allem der europäischen Vergemeinschaftung wächst die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen. Die Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe von Ausländerinnen und Ausländern, Zugewanderten und ihrer Nachkommen in allen Bereichen der Gesellschaft stellt für die Bundesregierung vor diesem Hintergrund längst eine zentrale Aufgabe dar.¹⁾ Dabei sind solide und verlässliche Daten über die Lebenslagen dieser Bevölkerungsgruppen eine grundlegende Voraussetzung für das Erkennen von Handlungsbedarfen sowie für die Beurteilung der Wirksamkeit bereits ergriffener Fördermaßnahmen. Diese Daten haben das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und das LSN erstmalig im September 2012 mit dem „Integrationsmonitoring Niedersachsen 2012“ vorgelegt.²⁾ Zentrale Ergebnisse des Berichtes wurden im Statistischen Monatsheft vorgestellt.³⁾ Die jüngst erschienene Neuauflage dieses Berichtes mit dem Titel „Migration und Teilhabe in Niedersachsen – Integrationsmonitoring 2014“ enthält aktualisierte und zusätzliche Daten sowie eine Reihe von Sonderkapiteln mit tiefer gehenden Analysen.⁴⁾ Im Mittelpunkt des Berichtes stehen nach wie vor die nunmehr rund 1,4 Millionen Niedersächsinnen und Niedersachsen mit Migrationshintergrund (im Bericht synonym als „Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte“ bezeichnet).

Erweiterung des Indikatorenkatalogs

Die Neuauflage des datengestützten Integrationsmonitorings hält an der Struktur des Vorgängerberichtes fest und

bietet mit einem erweiterten Set von insgesamt 48 Indikatoren aus den vier Themenbereichen Bevölkerung, Bildung und Qualifikation, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt sowie Soziales einen umfassenden Überblick über die strukturelle Teilhabe von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft.⁵⁾

Anhand der jeweils dargestellten, statistischen Daten lassen sich Aussagen über den aktuellen Stand der Teilhabeprozesse, ihren Fortschritt im Zeitverlauf sowie über Bereiche mit besonderen Handlungsbedarfen treffen.

Struktur des Monitorings

Dieser Artikel fasst die zentralen Ergebnisse aus dem Integrationsmonitoring 2014 zusammen.⁶⁾ Für tiefere inhaltliche und auch regionale Auswertungen dient der ausführliche Bericht: Zu jedem der 48 Indikatoren sind darin die Definition des Indikators, methodische Hinweise und weiterführende Quellen, eine Tabelle und eine anschauliche Grafik sowie die Erläuterungen auf einer Doppelseite aufgeführt. Der Fokus liegt neben dem Landesergebnis auf den Zahlen der vier Statistischen Regionen. Werte auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte befinden sich für 21 Indikatoren im Tabellenanhang. Wo die Datenlage es ermöglicht, sind zusätzlich Ergebnisse für drei Großstädte aufgeführt, die nicht zu den kreisfreien Städten zählen: die Landeshauptstadt Hannover und die Städte Göttingen und Hildesheim. Städtische Entwicklungen der Integration konnten so vollständig abgebildet werden.

Um die leitende Fragestellung nach der Lebenssituation der Menschen mit Migrationshintergrund jeweils zu beantworten, soll zunächst die Klärung wichtiger Begriffe vorangestellt werden.

Ausländerinnen und Ausländer: Sie bilden in Niedersachsen einen Anteil von rund 39 Prozent an allen Menschen mit Migrationshintergrund. Zu den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern zählen alle Personen,

1) Vgl. „Nationaler Aktionsplan Integration“ der Bundesregierung, Dezember 2011, online abrufbar am 02.09.2014:

http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Beauftragte fuerIntegration/nap/nationaler-aktionsplan/_node.html. „Ziel des Aktionsplans ist es, Integration verbindlicher zu gestalten und die Ergebnisse der Integrationspolitik messbar zu machen. Durch die Vereinbarung von möglichst konkreten und zu überprüfenden Zielen, die Benennung von Indikatoren zur Überprüfung der Zielerreichung und die Festlegung eines Zeitrahmens soll die Grundlage für eine konkrete, überprüfbare und verbindliche Integrationspolitik gelegt werden“ (S. 10).

2) Vgl. „Integrationsmonitoring Niedersachsen 2012“, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Hrsg.), September 2012, online abrufbar unter www.ms.niedersachsen.de → Themen → Integration → Integrationsmonitoring → Analysen und Informationen.

3) Vgl. Scharf, Jan: Integration und Teilhabe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse aus dem Integrationsmonitoring Niedersachsen 2012, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Heft 11 (2012), S. 630-639.

4) Vgl. „Migration und Teilhabe in Niedersachsen – Integrationsmonitoring 2014“, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Hrsg.), Oktober 2014, online abrufbar unter www.ms.niedersachsen.de → Themen → Integration → Integrationsmonitoring → Analysen und Informationen.

5) Die Auswahl der Indikatoren baut in Teilen weiterhin auf dem länderübergreifend abgestimmten Indikatorenset, zuletzt verwendet in der Veröffentlichung „Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.) vom März 2013 auf (vgl. S. 4f). Online abgerufen am 03.09.2014: http://www.ms.niedersachsen.de/download/78327/2_Laenderuebergreifender_Integrationsmonitoringbericht_2011.pdf.

6) Nicht alle im Folgenden interpretierten Ergebnisse werden in den Tabellen, Abbildungen und Karten dieses Beitrags aufgeführt. Sie können ausführlich unter den jeweiligen Indikatoren im Bericht nachgelesen werden. Einige Interpretationen sind dem „Integrationsmonitoring 2014“ wörtlich entnommen.

die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und die sich nicht nur für einen kurzen Zeitraum in Deutschland aufhalten, darunter auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, werden nicht zur ausländischen Bevölkerung gezählt.⁷⁾

Die Teilhabemöglichkeiten der Ausländerinnen und Ausländer durch Bildung oder Erwerbstätigkeit sind abhängig von ihrem rechtlichen Aufenthaltsstatus. Sie leben in Deutschland mit einem befristeten oder unbefristeten Aufenthaltstitel, zur Durchführung eines Asylverfahrens oder bei nicht rechtmäßigem Aufenthalt mit einer Duldung (Aussetzung der Abschiebung).

Seit dem 1. Januar 2000 erwirbt ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern durch Geburt im Inland die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil sich mindestens acht Jahre rechtmäßig in Deutschland gewöhnlich aufhält und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt.

Einbürgerungen: Als Einbürgerung wird der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch einen ausländischen Staatsangehörigen auf Grundlage eines Antrages bezeichnet. An einen Anspruch auf Einbürgerung sind einige grundsätzliche Voraussetzungen geknüpft.⁸⁾ Erst mit Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verfügen Personen über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten.

Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Zuwanderungsgeschichte: Das Konzept der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ umfasst nicht nur die eigentliche Migration nach Deutschland, sondern schließt auch die Nachkommen der Zugewanderten ein. Die Unterscheidung nach Deutschen und Nichtdeutschen wird damit erweitert: Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländerin oder Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Der Migrationshintergrund kann sich auch ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ableiten.

7 Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Familien werden nicht aufgeführt, da sie nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes unterliegen.

8) Ein Anspruch auf Einbürgerung setzt grundsätzlich voraus, dass die ausländische Person 1. seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hat, 2. sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennt, 3. ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt, 4. den Lebensunterhalt für sich und seine Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen bestreiten kann, 5. seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgibt oder verliert, 6. nicht wegen einer Straftat verurteilt ist, 7. über ausreichende Deutschkenntnisse und 8. über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland verfügt.

Dieses Konzept wurde in der amtlichen Statistik mit dem Mikrozensus eingeführt.⁹⁾ Eine vollständige Übertragung auf andere Statistiken ist aufgrund der Komplexität der Definition nicht möglich.

So wird der Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendhilfestatistik ausschließlich mit der Frage erfasst, ob mindestens ein Elternteil des Kindes im Ausland geboren wurde. Zur Einschätzung möglicher Integrationsschwierigkeiten aufgrund von Sprachproblemen des Kindes wird zudem erhoben, ob in der Familie vorrangig deutsch oder eine andere Sprache gesprochen wird.

Im Zensus 2011 ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Anlehnung an das Konzept im Mikrozensus definiert, das Zuzugsjahr wurde hier jedoch auf „nach 1955“ festgelegt.

Vorrangig werden Zahlen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufgeführt, sofern die verwendete Statistik dies erlaubt. Alternativ können Angaben zur kleiner gefassten Gruppe der ausländischen Bevölkerung sehr detailliert aus dem Ausländerzentralregister (AZR) gewonnen und beispielsweise nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit ausgewiesen werden. Aktuelle Daten liegen in der Regel für die Berichtsjahre 2012 oder 2013 vor. Zur Beobachtung zeitlicher Entwicklungen dient nach wie vor in erster Linie 2005 als Referenzjahr.

Zusatzkapitel des diesjährigen Berichtes

Erstmalig umfasst das Integrationsmonitoring in diesem Jahr eine Reihe von Zusatzkapiteln, die zusätzlich zu den 48 Indikatoren des Berichtes zu einzelnen Themenbereichen weitergehende Analysen beinhalten. So werden anhand von Kreuztabellierungen von Mikrozensusdaten Ursachen und Zusammenhänge von Migrationshintergrund, schulischem wie beruflichem Qualifikationsniveau und Beschäftigung abgeleitet. Ein weiteres Kapitel stellt ausgewählte Ergebnisse des Zensus 2011 aus dem Themenbereich Migration und Teilhabe dar.

Das größte Zusatzkapitel steht ganz unter dem Thema Arbeitsmigration und Fachkräftesicherung und beinhaltet eine Reihe von Beiträgen. Die Grundlage liefert eine Betrachtung des Wanderungsgeschehens zwischen Niedersachsen und dem Ausland zwischen 2007 und 2013.

9) In die jährliche, bundesweite Haushaltebefragung bei 1 Prozent der Bevölkerung wurde zusätzlich eine Reihe von Fragen zur Migration aufgenommen, aus denen der Migrationshintergrund abgeleitet wird. Außerdem gilt in diesem Bericht für alle dargestellten Jahre der Migrationshintergrund im engeren Sinne: Von den Deutschen mit Migrationshintergrund, die seit Geburt Deutsche sind, werden nur jene hinzugezählt, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil im selben Haushalt leben. Nur dann liegt die für die Zuordnung entscheidende Elterninformation vor. Der Migrationshintergrund im weiteren Sinne kann anhand der Zusatzfragen zum Migrationsstatus der nicht im Haushalt lebenden Eltern bislang nur für 2005 und 2009 dargestellt werden.

Darauf aufbauend werden Erwerbslosigkeit und unterschiedliche Verdienstniveaus innerhalb Europas als Bestimmungsfaktoren der Zuwanderung nach Niedersachsen beleuchtet. Unter dem Titel „Verschenktes Potential“ wird anschließend die Qualifikation und Arbeitsmarktbeteiligung seit dem Jahr 2000 zugewanderter Frauen und Männer im Vergleich zur niedersächsischen Gesamtbevölkerung analysiert, wobei deutliche Unterschiede und Handlungsbedarfe erkennbar werden. Anlässlich der jüngsten politischen wie gesellschaftlichen Diskurse beschäftigt sich ein weiterer Abschnitt des Zusatzkapitels mit der Zuwanderung und Beschäftigungsstruktur rumänischer sowie bulgarischer Frauen und Männer. Den Abschluss bildet die Kurzfassung einer explorativen Studie, welche sich mit der sozialen Situation mobiler europäischer Beschäftigter in Werkvertragskonstellationen beschäftigt – ein Umstand der u. a. viele rumänische Beschäftigte in Niedersachsen betrifft.

Im weiteren Verlauf dieses Artikels werden lediglich Daten aus dem sogenannten Indikatorenteil des Integrationsmonitorings aufgegriffen.

Ergebnisse aus dem Integrationsmonitoring

Migrationshintergrund: Bevölkerungsanteil weiter ansteigend

Im ersten und gleichzeitig größten Themenbereich Bevölkerung des Indikatorenteils werden die demographischen

Voraussetzungen beschrieben, vor denen sich das Integrationsgeschehen vollzieht. Dies sind unter anderem Angaben über die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, Staatsangehörigkeiten, Altersstruktur, Aufenthaltsstatus, Einbürgerungen sowie Zu- und Fortzüge.

- 17,8 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung hatten 2012 einen **Migrationshintergrund** (Deutschland: 20,0 Prozent). Seit 2005 ist dieser Anteil in Niedersachsen um +2,1 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil der Frauen betrug 49,6 Prozent. Von den rund 1,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund waren 61,4 Prozent deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Jede vierte Person zählte zur Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler (rund 358 000). Den größten Anteil dieser Bevölkerungsgruppe an allen Personen mit Migrationshintergrund wies mit 36,7 Prozent der Oldenburger Raum¹⁰⁾ auf (vgl. Tabelle T1). Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund fällt geringer aus, je älter die untersuchte Altersgruppe in der Bevölkerung ist: Von den Kindern im Alter bis unter 6 Jahren hatten 31,7 Prozent einen Migrationshintergrund. Hingegen betrug der Anteil der 40- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund an der betreffenden Altersgruppe der Gesamtbevölkerung 14,8 Prozent.

10) Zum Oldenburger Raum, einer Anpassungsschicht des Mikrozensus, zählen die Landkreise Ammerland, Cloppenburg und Oldenburg sowie die kreisfreien Städte Delmenhorst und Oldenburg.

T1 | Menschen mit Migrationshintergrund nach Bevölkerungsgruppen und regionalen Anpassungsschichten 2005 und 2012

Anpassungsschicht Region Hannover Statistische Region Land	Menschen mit Migrationshintergrund				davon 2012		
	2005		2012		Ausländerinnen und Ausländer	(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler	weitere Deutsche mit Migrationshintergrund
	Anzahl	Anteil an der Bevölkerung	Anzahl	Anteil an der Bevölkerung			
	1 000	%	1 000	%			
Ostniedersachsen	188,5	18,6	220,5	22,2	82,6	59,2	78,6
Südniedersachsen	82,5	12,8	76,2	12,4	34,1	13,9	28,2
Braunschweig	271,0	16,4	296,7	18,5	116,8	73,1	106,9
Region Hannover	257,9	22,9	277,3	24,4	117,6	55,7	104,0
dav. Hannover, Landeshauptstadt	160,4	31,1	159,9	30,4	75,9	29,0	55,0
dav. Hannover, Umland	97,5	15,9	117,4	19,2	41,7	26,7	49,1
Weser-Leine-Bergland	79,3	15,0	82,9	16,4	34,5	20,0	28,4
Mittelniedersachsen	51,1	10,0	73,0	14,7	27,8	22,1	23,2
Hannover	388,3	17,9	433,2	20,3	179,8	97,8	155,6
Nordniedersachsen	126,7	13,8	115,5	12,6	44,2	21,5	49,8
Nordostniedersachsen	98,8	12,6	114,1	14,8	42,8	27,4	43,9
Lüneburg	225,5	13,2	229,6	13,6	87,0	48,9	93,7
Ostfriesland-Nordseeküste	66,5	8,9	77,6	10,6	31,7	17,7	28,2
Oldenburger Raum	106,8	16,9	118,1	18,4	34,1	43,4	40,5
Westniedersachsen	200,7	18,3	257,7	23,3	95,9	77,2	84,6
Weser-Ems	374,0	15,1	453,4	18,3	161,7	138,4	153,3
Niedersachsen	1 258,8	15,7	1 412,9	17,8	545,3	358,2	509,5

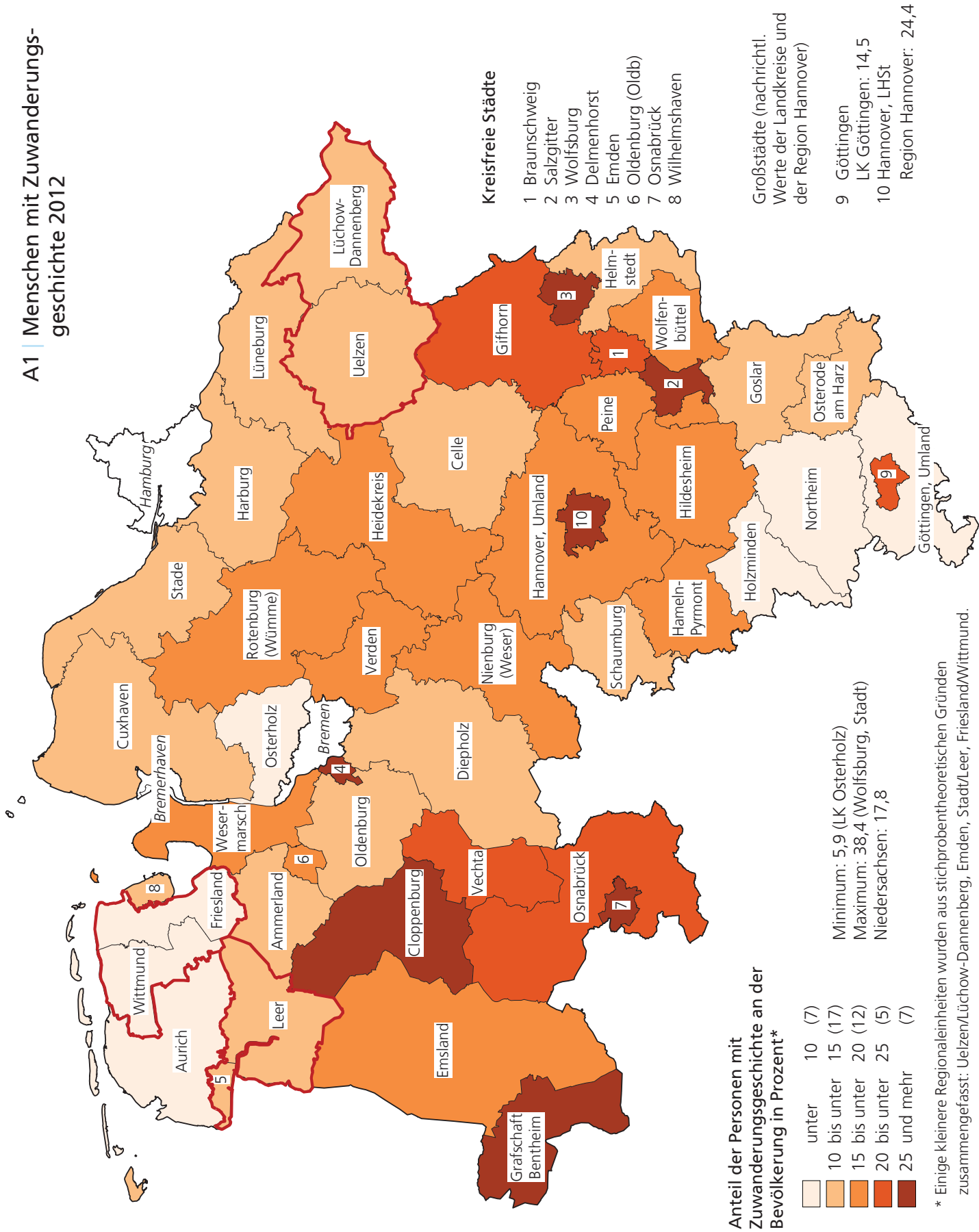
Quelle: Mikrozensus

- Laut Zensus 2011 waren am 9. Mai 2011 Polen (15,6 Prozent), die Türkei (14,5 Prozent) und die Russische Föderation (14,3 Prozent) die häufigsten Herkunftsländer von Niedersächssinnen und Niedersachsen mit Migrationshintergrund. Insgesamt 69,1 Prozent verfügten über einen europäischen Migrationshintergrund.
- Am 31.12.2013 lebten laut Ausländerzentralregister 525 689 **Ausländerinnen und Ausländer** in Niedersachsen (Frauenanteil: 47,5 Prozent). Diese Zahl ist damit seit 2010 stetig gestiegen, nachdem sie zuvor von 2005 bis 2009 noch rückläufig war. Im Jahr 2012 hatten unter den rund 7,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern 6,3 Prozent eine ausländische Staatsangehörigkeit. 2005 sowie 2010 betrug der Anteil noch 5,8 Prozent.
- Von 2005 bis 2012 ging die Einwohnerzahl Niedersachsens um 2,7 Prozent zurück, wobei das Jahr 2011 aufgrund der Korrekturen durch den Zensus 2011 einen Zeitreihenbruch darstellt und die Vergleichbarkeit einschränkt. Zwischen 2011 und 2012 (31.12.) ist die Einwohnerzahl leicht um 0,1 Prozent gestiegen. Die gestiegene Anzahl ausländischer Personen geht auf ebenfalls gestiegene Wanderungssalden in den vergangenen Jahren zurück. Im Jahr 2013 betrug der Wanderungssaldo Niedersachsens mit dem Ausland +34 935 Personen (EU-Staaten: +19 518), darunter +7 980 Personen aus Polen, +2 915 aus der Russischen Föderation, +2 374 aus Syrien, +1 978 aus Rumänien und +1 385 aus Bulgarien.
- Zu den **20 häufigsten Staatsangehörigkeiten** am 31.12.2013 zählten die Staatsangehörigkeiten von 16 europäischen Ländern: Wie bereits 2010 waren 77,7 Prozent der ausländischen Bevölkerung Europäerinnen und Europäer (408 277). Die türkischen Staatsangehörigen bildeten die größte Gruppe (93 726), gefolgt von den Polinnen und Polen (65 850), den Ausländerinnen und Ausländern aus Serbien, Montenegro und dem Kosovo (34 926) und den Staatsangehörigen der Niederlande (30 260). 42,8 Prozent aller niedersächsischen Ausländerinnen und Ausländer hatten eine dieser vier Staatsangehörigkeiten.
- Rund zwei Drittel der Ausländerinnen und Ausländer hatten Ende 2013 einen sicheren **Aufenthaltsstatus** und damit verbunden in der Regel das Recht, in Deutschland zu arbeiten. Sie lebten entweder mit einer Niederlassungserlaubnis (27,0 Prozent) dauerhaft in Niedersachsen oder sie verfügten über ein EU-Aufenthaltsrecht (39,3 Prozent). Rund ein Fünftel der ausländischen Bevölkerung (18,1 Prozent) hatte eine zeitlich befristete Aufenthaltserlaubnis, die an einen bestimmten Aufenthaltswortzweck gebunden ist (z. B. Aufnahme eines Studiums). Im Regelfall kann nach fünfjährigem Besitz der Aufenthaltserlaubnis ein unbefristeter Aufenthaltstitel erteilt werden.
- Mit einem zeitlich unbefristeten Aufenthaltsrecht ist eine der Voraussetzungen zur **Einbürgerung** erfüllt (siehe Fußnote 8). Im Zeitverlauf haben sich immer weniger Menschen in Niedersachsen einbürgern lassen. Zwar ist seit 2009 wieder eine Zunahme bei der Zahl der Einbürgerungen zu beobachten. Insgesamt ist jedoch die Anzahl von 2005 bis 2013 in Niedersachsen von 10 886 auf 8 216 um rund ein Viertel zurückgegangen. Statt zuvor 24 von 1 000 ließen sich zuletzt nur noch 16 von 1 000 Ausländerinnen und Ausländern einbürgern und erlangten volle Partizipationsmöglichkeiten.
- 9,3 Prozent der für den Bundestag und den niedersächsischen Landtag **wahlberechtigten Bevölkerung** hatten im Jahr 2012 einen Migrationshintergrund. Ihnen steht der Weg zur unmittelbaren politischen Partizipation offen.

Der Regionalvergleich zwischen den Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Großstädten und deren Umland nach diesen zentralen Bevölkerungsmerkmalen weist deutliche Unterschiede auf (siehe Karte A1). In der Statistischen Region Lüneburg zählten 2012 mit rund 230 000 Personen nur 13,6 Prozent zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Die Prozentanteile in der Statistischen Region Hannover (20,3 Prozent), der Statistischen Region Braunschweig (18,5 Prozent) und der Statistischen Region Weser-Ems (18,3 Prozent) lagen hingegen über dem Landesdurchschnitt (17,8 Prozent). Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund lebten in der Statistischen Region Weser-Ems (ca. 453 000), in der gegenüber 2005 auch der größte Zuwachs von knapp 79 400 Personen (Bevölkerungsanteil: +3,2 Prozentpunkte) zu verzeichnen war.

Von den rund 433 000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund in der Statistischen Region Hannover entfielen 64,1 Prozent auf die Region Hannover, in der 24,4 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hatten. Die Spanne reichte im regionalen Vergleich von 5,9 Prozent im Landkreis Osterholz bis zu 38,4 Prozent in der Stadt Wolfsburg. Migrationsprozesse spielen sich vor allem im städtischen Raum ab: In der Landeshauptstadt Hannover lag der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei 30,5 Prozent und in der Stadt Osnabrück bei 29,6 Prozent. Auch in den Landkreisen Cloppenburg (26,3) und Grafschaft Bentheim (25,0 Prozent) hatte ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Im Norden waren die Anteile unterdurchschnittlich und an der Nordseeküste in den Landkreisen Friesland und Wittmund (6,2 Prozent) sowie Aurich (9,0 Prozent) besonders gering.

Rund ein Viertel der ausländischen Bevölkerung in Niedersachsen lebte Ende 2012 in der Region Hannover (119 366); 78 442 von ihnen wohnten in der Landeshaupt-



stadt, die mit 15,3 Prozent den mit Abstand größten Ausländeranteil verzeichnete. Überdurchschnittlich hohe Anteile fanden sich vor allem in den großen Städten: Von den acht kreisfreien Städten war nur der Ausländeranteil in Wilhelmshaven (5,9 Prozent) und in Emden (5,6 Prozent) leicht unterdurchschnittlich.

Der landesweite Zuwachs an ausländischen Personen zwischen 2005 und 2013 von +13,9 Prozent vollzog sich in erster Linie in der Statistischen Region Weser-Ems (+29,9 Prozent). Dort sind auch die Landkreise mit Zuwächsen von 30 Prozent und mehr zu finden: Landkreis Emsland (+80,1 Prozent), Landkreis Cloppenburg (+78,1 Prozent), Landkreis Oldenburg (+64,8 Prozent), Landkreis Ammerland (+35,7 Prozent), Landkreis Vechta (+32,6 Prozent) und Landkreis Grafschaft Bentheim (+30,0 Prozent). Besonders hohe positive Wanderungssalden (mehr Zu- als Fortzüge) mit dem Ausland je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es 2010 in den Städten Braunschweig, Wolfsburg und Hannover, im Göttinger Umland (insbesondere wegen des Grenzdurchgangslagers Friedland) sowie in den agrarischen Intensivregionen Landkreis Cloppenburg, Landkreis Emsland, Landkreis Vechta und Landkreis Grafschaft Bentheim.

Zusammenfassend ergibt sich unter dem Gesichtspunkt der Migration folgendes Bild für bestimmte Regionen Niedersachsens:

Großstädte: Migration ist vor allem ein Merkmal der städtischen Bevölkerung. Sowohl die Anteile von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit als auch die Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund sind gerade in den kreisfreien Städten und Großstädten hoch.

Region Hannover: Mit einer großen Zahl von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen unter den mehr als 1,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern stehen die Landeshauptstadt Hannover und das hannoversche Umland vor besonderen Herausforderung unter dem Gesichtspunkt Migration und Teilhabe.

Süden: Die Zuwanderung in den Süden Niedersachsens liegt vergleichsweise lange zurück, weshalb es hier einen hohen Anteil an Ausländerinnen und Ausländern gibt, die bereits seit mindestens zehn Jahren in Deutschland leben. Neben der Möglichkeit, sich über einen längeren Zeitraum in das gesellschaftliche Leben zu integrieren, erfüllen sie damit auch eine der Voraussetzungen zur Einbürgerung in Deutschland. Nichtsdestotrotz ist im Süden wie in ganz Niedersachsen die Zahl der Einbürgerungen gegenüber 2005 deutlich zurückgegangen. Rund zwei Drittel der Türkinen und Türken wohnen in den Statistischen Regionen Hannover und Braunschweig. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Anwerbeabkommen mit der Türkei und der Zuwanderung der sogenannten Gastarbeiter in industriell geprägte Regionen ab den 1960er Jahren.

Westen: In den westlichen Landkreisen haben überdurchschnittlich viele Menschen einen Migrationshintergrund. Der Anteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ist dabei sehr hoch. Zudem wächst hier die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer bzw. generell der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund stark. In den Landkreisen Cloppenburg, Oldenburg, Emsland, Vechta und Wittmund sowie in der Stadt Emden war Ende 2013 mehr als jede dritte ausländische Person seit weniger als vier Jahren in Deutschland beheimatet. Die Gruppe der polnischen Staatsangehörigen hat sich in den vergangenen acht Jahren landesweit mehr als verdoppelt (+103,2 Prozent) und wurde insbesondere im Westen Niedersachsens größer: 13 der insgesamt 21 Landkreise und kreisfreien Städte, in denen sich die Anzahl zwischen 2005 und 2013 mindestens verdoppelt hat, liegen in der Statistischen Region Weser-Ems (+167,9 Prozent).

Bildung und Qualifikation: Verbesserte Chancen

Bildung hat einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Die im Bildungssystem erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen stehen im direkten Zusammenhang mit gesellschaftlicher Partizipation und den Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Was ganz allgemein gilt, zählt insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund. Ihre Chancengleichheit ist Voraussetzung für eine gleichberechtigte strukturelle Teilhabe. Von der frühkindlichen Bildung in der Kindertagesbetreuung bis zur beruflichen Qualifikation kann die Statistik Aussagen zu Unterschieden zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund treffen. Gemessen am Bildungserfolg wird ganz gezielt Förderungsbedarf sichtbar. Durch Beobachtung zeitlicher Entwicklungen können zugleich Tendenzen einer Verbesserung und Angleichung von Bildungschancen identifiziert werden.

- **Frühkindliche Bildung:** In Niedersachsen wurden am 1. März 2013 insgesamt 6 743 Kinder mit Migrationshintergrund im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen sowie in öffentlich geförderter Tagespflege betreut. Das waren 14,6 Prozent aller in dieser Altersgruppe betreuten Kinder. Kinder unter 3 Jahren mit einem Migrationshintergrund waren somit in der Kindertagesbetreuung nach wie vor deutlich unterrepräsentiert (Bevölkerungsanteil 2012 bei weiter gefasster Definition, siehe oben: 31,7 Prozent). Ein Blick auf die nächste Altersklasse der 3- bis unter 6-Jährigen zeigte mit 23,2 Prozent dagegen einen höheren Anteil von betreuten Kindern mit Migrationshintergrund an allen betreuten Kindern. Dieser frühen Förderung wird ein großer Einfluss auf den gesamten Bildungsweg zugesprochen. Die sprachlichen Fähigkeiten stehen dabei im Zentrum der Förderung, denn immerhin 12,0 Prozent der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder lebten 2013 in Familien, in denen hauptsächlich nicht deutsch gesprochen wird.

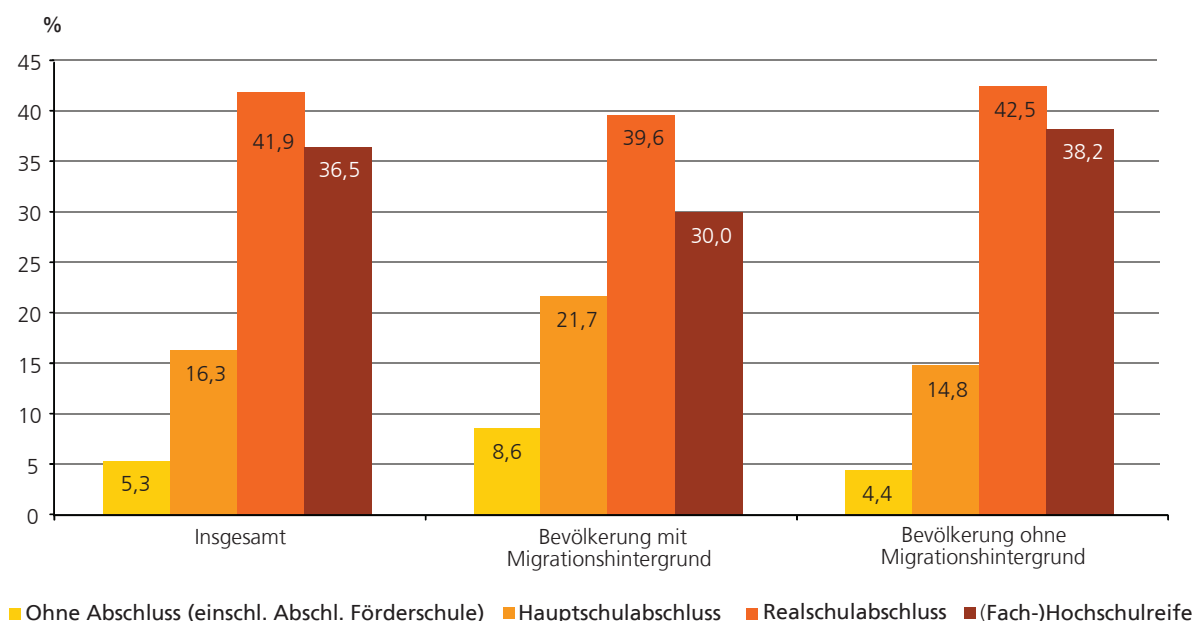
- **Bildungsniveau:** Von allen niedersächsischen Schülerinnen und Schülern im 8. Schuljahrgang im Jahr 2012 hatten 5,8 Prozent eine ausländische Nationalität – 0,5 Prozentpunkte weniger als innerhalb der Gesamtbevölkerung (siehe oben: 6,3 Prozent). Überrepräsentiert waren sie in den Förderschulen (12,4 Prozent) und in den Hauptschulen (11,6 Prozent), spiegelbildlich am stärksten unterrepräsentiert mit 2,8 Prozent an den Gymnasien. Im selben Jahr verließen 13,6 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler die allgemein bildenden Schulen, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erlangt zu haben (Deutsche: 5,0 Prozent). Hier zeigt sich weiterhin eine positive Tendenz in der Angleichung der Bildungschancen: 2005 war noch ein Viertel der ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss geblieben (Deutsche: 7,9 Prozent) und hatte dadurch die schlechtesten Startbedingungen für den weiteren Ausbildungsweg. 2010 waren es noch 16,2 Prozent (Deutsche: 5,3 Prozent) gewesen. Der Anteil der deutschen und nichtdeutschen Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Realschulabschluss war 2012 relativ ausgeglichen: Unter den Ausländerinnen und Ausländern betrug er 46,9 Prozent, unter den Deutschen 47,3 Prozent. Bei der Hochschulreife zeigt sich wiederum ein deutlicher Unterschied: Während unter den deutschen Schulabgängerinnen und Schulabgängern 31,6 Prozent ihre Schule mit dem höchsten Schulabschluss verließen, waren es unter den Ausländerinnen und Ausländern lediglich 13,3 Prozent. Und der Bildungs-

abstand bei der Hochschulzugangsberechtigung ist seit 2005 sogar gestiegen: Während der Anteil der ausländischen jungen Menschen mit der Chance zum Universitätsstudium nur um 5,9 Prozentpunkte zunahm, stieg er bei den jungen Deutschen um 8,7 Prozentpunkte.

- Ein differenzierteres Bild ergibt der Vergleich nach höchstem erreichten Schulabschluss und Migrationshintergrund für die jüngeren Altersgruppen der 18- bis unter 25-Jährigen (vgl. Abbildung A2) und der 25- bis unter 35-Jährigen. Das Bildungsniveau der Menschen mit Migrationshintergrund war 2012 wie bereits 2005 nach wie vor in allen untersuchten Altersgruppen niedriger als das der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Im Zeitverlauf holen die jungen Menschen mit Migrationshintergrund allerdings leicht auf. So ist der Anteil an Hauptschulabschlüssen hier stärker gesunken, gleichzeitig sind größere Zuwächse bei jungen Männern und Frauen mit Realschulabschluss und (Fach-)Hochschulreife zu verzeichnen. Unter den 18- bis 25-Jährigen hatten zuletzt 21,7 Prozent einen Hauptschulabschluss (-7,7 Prozentpunkte gegenüber 2005) und 30,0 Prozent die (Fach-)Hochschulreife (+7,0 Prozentpunkte). Auch in der Gruppe der 25- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund sank der Anteil derer mit Hauptschulabschluss (um -5,7 Prozentpunkte auf 24,1 Prozent) und mehr Personen hatten eine (Fach-)Hochschulreife (um +6,7 Prozentpunkte auf 32,8 Prozent).

A2 | Höchster Schulabschluss der 18- bis unter 25-Jährigen an allgemein bildenden Schulen nach Migrationshintergrund in Prozent 2012

(Datenquelle: Mikrozensus)



- **Berufliche Ausbildung:** 28,7 Prozent aller 18- bis unter 21-jährigen Niedersachsen befanden sich 2012 in einer dualen Ausbildung. Die Ausbildungschancen der ausländischen jungen Menschen waren vergleichsweise schlecht: Mit 7,9 Prozent war nur etwa jede und jeder 13. in einer dualen Ausbildung (Deutsche: 30,5 Prozent). Dabei lag die Quote der ausländischen Frauen (7,1 Prozent) unter der der ausländischen Männer (8,6 Prozent).
- **Berufliche Qualifikation:** In den höheren Altersgruppen befinden sich viele Zuwanderinnen und Zuwanderer, die ihre beruflichen Qualifikationen im Herkunftsland erworben haben oder gerade aufgrund dieser Qualifikation zugewandert sind (Hochqualifizierte). Ein Vergleich der 25- bis unter 35-Jährigen mit und ohne Migrationshintergrund ermöglicht hingegen einen Einblick in aktuelle Entwicklungen und zukünftige Strukturen: Das berufsqualifizierende Niveau der Menschen mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe hat sich zwischen 2005 und 2012 positiv verschoben. Ohne beruflichen Abschluss (kein/noch kein Abschluss vorhanden; einschließlich Anlernausbildung, Berufsvorbereitungsjahr und beruflichem Praktikum) blieb zwar noch immer mehr als ein Drittel dieser Gruppe (38,3 Prozent; Bevölkerung insgesamt: 20,4 Prozent). Gegenüber 2005 bedeutete dies jedoch ein Rückgang um -8,6 Prozentpunkte. Parallel wiesen 18,4 Prozent einen tertiären Abschluss auf (Abschlüsse an einer Fachschule, Berufsakademie und einer (Fach-)Hochschule), der Anteil stieg um +6,8 Prozentpunkte. Die Frauen mit Migrationshintergrund lagen mit einem Hochqualifizierten-Anteil von 20,3 Prozent vor den Männern (16,5 Prozent). Allerdings hatten sie mit 40,4 Prozent deutlich öfter keinen beruflichen Abschluss als die Männer, bei denen der Anteil 4,2 Prozentpunkte niedriger ausfiel. Das Ausbildungsniveau der Personen ohne Migrationshintergrund lag insgesamt höher. Von den 25- bis unter 35-Jährigen ohne Migrationshintergrund hatten

14,7 Prozent keinen Abschluss und 26,5 Prozent einen tertiären Abschluss. Der Trend zu tertiären Abschlüssen ist hier noch deutlicher erkennbar (vgl. Tabelle T2).

- **Hochschulabschlüsse:** Im Prüfungsjahr 2012 haben 2 322 Ausländerinnen und Ausländer erfolgreich ihr Studium an einer niedersächsischen Hochschule abgeschlossen, was einem Anteil von 7,5 Prozent an allen Absolventinnen und Absolventen entspricht. Auffällig ist die hohe Affinität der ausländischen Absolventinnen und Absolventen zu den Ingenieurwissenschaften. 32,0 Prozent von Ihnen erwarben hier einen Abschluss. Stark vertreten waren auch die Rechts- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 22,6 Prozent sowie Mathematik und Naturwissenschaften mit zusammen 18,7 Prozent.

Arbeitslosenquote nach wie vor mehr als doppelt so hoch

Die beruflichen Kompetenzen leiten über zur Erwerbsbeteiligung. Dort stehen sich zum Vergleich die hochqualifizierte Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit gegenüber.

Hochqualifizierte Beschäftigte: Von den 146 791 ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ende Juni 2013 verfügten 9,6 Prozent über eine hohe Qualifikation.¹¹⁾ Zur größten Gruppe (unter allen Beschäftigten mit zur Qualifikation) zählten 28,0 Prozent mit mittlerer Qualifikation-

11) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem SGB III sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu leisten sind. Dazu gehören unter anderem auch Auszubildende. Die Beschäftigten werden nach Art ihrer beruflichen Qualifikation in drei Gruppen aufgegliedert: Als hohe Qualifikation gelten Fachhochschul- und Hochschulabschlüsse. Als mittlere Qualifikation gilt der Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung sowie ein Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss. Als niedrige Qualifikation gelten alle Fälle, in denen keine abgeschlossene Berufsausbildung vorliegt. Die statistischen Ergebnisse können differenziert nach Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern ausgewiesen werden.

T2 | Höchster beruflicher Abschluss der 25- bis unter 35-Jährigen nach Geschlecht und Migrationshintergrund 2005 und 2012

Höchster Beruflicher Abschluss	Insgesamt	Männer	Frauen	davon					
				mit Migrationshintergrund			ohne Migrationshintergrund		
				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	%								
2005									
Ohne Abschluss ¹⁾	24,2	22,7	25,6	46,9	44,1	49,7	17,6	16,6	18,6
Abgeschlossene Berufsausbildung	58,9	59,5	58,3	41,5	45,6	37,5	63,9	63,5	64,3
Tertiärer Abschluss	16,9	17,8	16,1	11,6	10,4	12,8	18,5	19,9	17,0
2012									
Ohne Abschluss ¹⁾	20,4	20,6	20,2	38,3	36,2	40,4	14,7	15,9	13,5
Abgeschlossene Berufsausbildung	55,0	56,2	53,9	43,3	47,4	39,4	58,8	58,9	58,7
Tertiärer Abschluss	24,6	23,2	25,9	18,4	16,5	20,3	26,5	25,3	27,8

1) Kein/noch kein beruflicher Abschluss vorhanden; einschließlich Anlernausbildung, Berufsvorbereitungsjahr und beruflichem Praktikum.

Quelle: Mikrozensus

und 19,5 Prozent waren gering qualifiziert (fehlende Angaben: 42,9 Prozent). Der Anteil der Hochqualifizierten war vor allem in den Städten mit ihrem differenzierten Arbeitsplatzangebot vergleichsweise hoch. Das Maximum trat im Landkreis Göttingen, dessen Kreisstadt Universitätsstandort ist, mit 28,5 Prozent auf. Besonders hohe Anteile von Hochqualifizierten gab es auch in den Städten Braunschweig, Wolfsburg und Oldenburg sowie in den Landkreisen Goslar, Celle und Lüneburg. Die wissenschafts- und forschungsintensive Statistische Region Braunschweig wies insgesamt eine hohe Hochqualifiziertenquote von 16,7 Prozent auf. Dagegen lag der Hochqualifiziertenanteil in der Statistischen Region Weser-Ems auf sehr niedrigem Niveau (6,1 Prozent) (siehe Karte A4).

- **Arbeitslosenquoten:** Die Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern ging zwischen Juni 2007 und Juni 2013 stark zurück. Mit 15,7 Prozent lag sie im Juni 2013 um -5,1 Prozentpunkte unter dem Wert von 2007. Die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer war im Juni 2013 trotzdem zweieinhalb Mal so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote (6,3 Prozent) (vgl. Abbildung A3). Die Quote der Frauen verringerte sich mit -6,0 Prozentpunkten stärker als die der Männer (-4,3 Prozentpunkte). Allerdings lag die Quote der ausländischen Frauen im Juni 2013 mit 18,0 Prozent immer noch deutlich höher als die der Männer mit 14,1 Prozent.
- **Arbeitslose nach Migrationshintergrund:** Laut Daten aus der Migrationshintergrund-Erhebung der Bundesagentur für Arbeit wies im Juni 2013 rund ein Drittel (33,9 Prozent) der befragten Arbeitslosen in Nieder-

sachsen einen Migrationshintergrund auf – ein stark überproportionaler Wert im Vergleich zum Gesamtbevölkerungsanteil von 17,8 Prozent.¹²⁾ 26,8 Prozent aller Befragten verfügten sogar über eine eigene Migrationserfahrung. Dabei lag der Anteil der Menschen mit Migrationserfahrung im Rechtskreis des SGB II („Hartz IV, Sozialgeld oder sonstige Leistungen) mit 39,7 Prozent deutlich über dem im Rechtskreis des SGB III (Arbeitslosengeld I) mit 23,3 Prozent.

Armut sinkt, verbleibt aber auf hohem Niveau

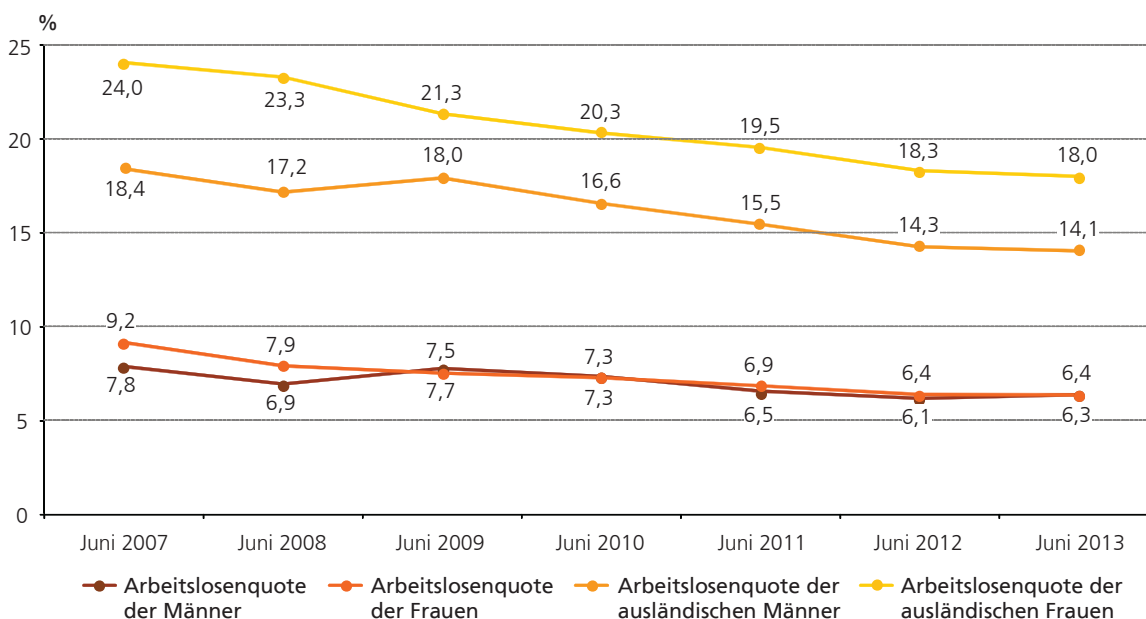
Am 31.12.2012 erhielten in Niedersachsen 695 394 Personen, darunter 127 312 Ausländerinnen und Ausländer, staatliche Transferleistungen der sozialen Mindestsicherung.¹³⁾ Das waren 8,8 Prozent der Bevölkerung. Die Mindestsicherungsquoten (Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner) der Deutschen und der Ausländerinnen und Ausländer (insgesamt und unterschieden nach drei Altersgruppen)

12) Zum Berichtszeitpunkt lagen nur für 191 421 Befragte der insgesamt 260 987 Arbeitslosen in Niedersachsen Daten zum Migrationsstatus vor. Prozentangaben beziehen sich auf diese kleinere Personengruppe.

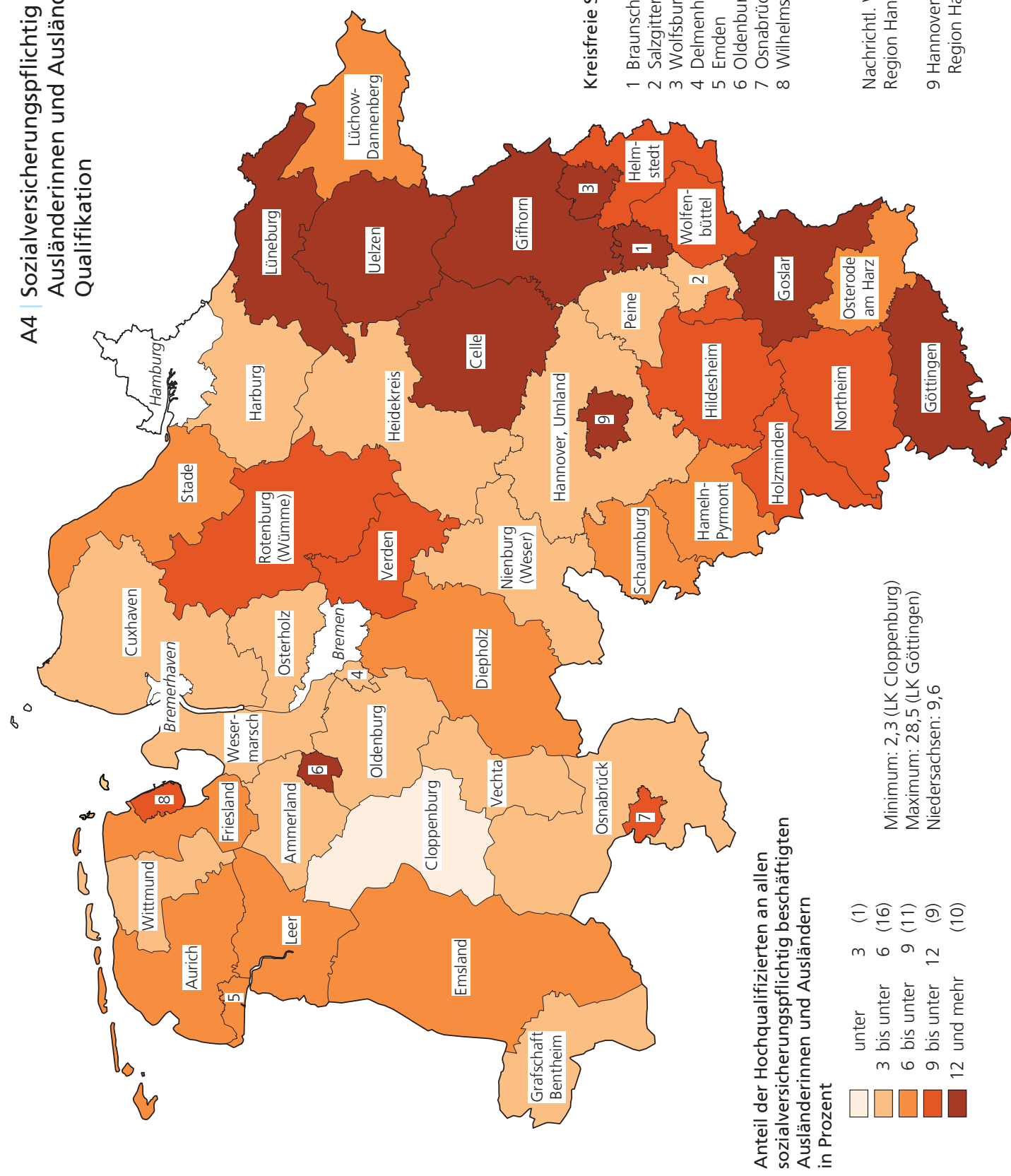
13) Unter dem Begriff der staatlichen Mindestsicherungsleistungen werden im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Sozialberichterstattung“ folgende Hilfearten zusammengefasst: Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld), Sozialhilfe nach dem SGB XII (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Leistungen der Kriegsopferfürsorge (laufende Leistungen). Die Leistungen der Kriegsopferfürsorge sind hier nicht enthalten, da sie nicht regionalisierbar sind. Vgl. ausführlich „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen – Statistikteil 2014“, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Hrsg.), 2014, online abgerufen am 13.10.2014: http://www.ms.niedersachsen.de/download/88849/Handlungsorientierte_Sozialberichterstattung_Niedersachsen_-_Statistikteil_2014.pdf

A3 | Entwicklung der Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Nationalität in Prozent von 2007 bis 2013

(Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)



A4 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer mit hoher Qualifikation



T3 | Empfängerquoten von Mindestsicherungsleistungen¹⁾ nach Nationalität und Altersgruppen in Niedersachsen 2007 und 2012

Deutsche				Ausländerinnen und Ausländer ²⁾			
Insgesamt	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter	Insgesamt	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter
je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Bevölkerungsgruppe							
2007							
87	145	93	21	263	484	228	147
2012³⁾							
77	129	82	24	227	446	203	144

1) Je 1 000 Einwohner der betreffenden Bevölkerungsgruppe. SGB II + XII. SGB II: ALG II und Sozialgeld. Von der Bundesagentur für Arbeit wurde Mitte 2011 die SGB-II-Statistik revidiert, und zwar rückwirkend ab 2007. Es kann daher zu geringfügigen Abweichungen zu Veröffentlichungen der BA kommen. SGB XII: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU, nach Wohnort); Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII nach Wohnort der Bedarfsgemeinschaft, in- und außerhalb von Einrichtungen; Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (örtliche Träger, nach Wohnort); ohne Kriegsofopferfürsorge.

2) Einschließlich "ohne Angabe", "ungeklärt", "staatenlos", "unbekanntes Ausland".

3) Auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung nach der Volkszählung 1987. Einwohnerzahlen nach Nationalität und Altersgruppen laut Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Quelle: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

verringerten sich in Niedersachsen zwischen 2007 und 2012. Nur die Quote der Deutschen über 65 Jahre stieg leicht von 21 auf 24 v. T. an. Größere Veränderungen verzeichnete die nichtdeutsche Bevölkerung: Die Quote der Deutschen ging von 87 zurück auf 77 v. T., der Wert der Ausländerinnen und Ausländer sank von 263 auf 227 v. T. Die größte Veränderung kann jeweils bei den Kindern und Jugendlichen beobachtet werden: Für die unter 18-jährigen ausländischen Personen betrug 2012 die Empfängerquote von Mindestsicherungsleistungen 446 v. T., 2007 waren es noch 484 v. T. gewesen. Dennoch waren ausländische Kinder und Jugendliche Ende 2012 in Niedersachsen nach wie vor am häufigsten von staatlichen Transferleistungen abhängig (vgl. Tabelle T3).

Die Armutssituation der betrachteten Gruppen in Niedersachsen hat sich zwischen 2007 und 2012 verbessert. Das Ausmaß der Betroffenheit von staatlichen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherung bei Ausländerinnen und Ausländern näherte sich dabei der Lage der Deutschen zwar weiter an – die Mindestsicherungsquoten lagen Ende 2012 jedoch nach wie vor auf einem hohen Niveau. In Bezug auf alle Einwohnerinnen und Einwohner der betreffenden Bevölkerungsgruppe erhielten Ausländerinnen und Ausländer überdurchschnittlich oft finanzielle Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhalts. Die höchsten Mindestsicherungsquoten traten 2012 in den kreisfreien Städten und Großstädten auf. Ausländerinnen und Ausländer waren im Vergleich der Statistischen Regionen bei einer Quote von 303 v. T. überdurchschnittlich in der Statistischen Region Hannover betroffen.

Fazit: Weiterhin große Differenzen trotz positiver Entwicklung

Das Ziel einer gleichberechtigten strukturellen und gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten

sowie deren Nachkommen stellt die niedersächsische Politik weiterhin vor große Aufgaben – insbesondere im städtischen Raum sowie im Westen Niedersachsens. Vor allem im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt sind trotz sichtbarer Fortschritte in den vergangenen Jahren die Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und der ohne Migrationshintergrund bzw. den Ausländerinnen und Ausländern und den Deutschen nach wie vor überdeutlich: Ein niedrigeres Bildungsniveau geht mit schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt einher. Es ist jedoch eine äußerst dynamische Entwicklung im Gange, im Zuge derer junge Menschen mit Migrationshintergrund vermehrt höhere Schul- und Ausbildungsabschlüsse erwerben. Die Abstände zur Gruppe der Personen ohne einen Migrationshintergrund verringern sich dabei merklich. Auch die Arbeitslosenquoten sowie die Armutsrisiko¹⁴⁾ und Mindestsicherungsquoten sind gesunken. Das „Projekt Teilhabe“ macht demnach durchaus Fortschritte. Es ist jedoch weiterhin auf das hohe Armutsrisiko hinzuweisen, das für Personen mit Migrationshintergrund und unter ihnen im Besonderen für die Ausländerinnen und Ausländer besteht. Gemessen an den staatlichen Transferleistungen ist noch immer mehr als ein Fünftel der Niedersächsischen und Niedersachsen mit ausländischer Nationalität von „bekämpfter Armut“ betroffen.

Vor dem Hintergrund steigender Zuwanderung aus dem Ausland nach Niedersachsen werden die Herausforderungen für eine Politik, die die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten anstrebt, mittelfristig nicht kleiner werden. Es wird daher auch zukünftig wichtig sein, Teilhabeprozesse kritisch zu beobachten. Mit dem „Integrationsmonitoring 2014“ leistet die amtliche Statistik dazu einen Beitrag.

14) Vgl. <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html>, Tabelle A 1.2.09 Niedersachsen.